

4. Beitrag

Frank Beiersdorff

Arbeitskreis Politische Bildung beim Bezirksvorstand Marzahn-Hellersdorf

Beiträge zur PROGRAMMDEBATTE der Partei DIE LINKE

Der Arbeitskreis Politische Bildung beim Bezirksvorstand unterbreitet den Mitgliedern des Bezirksverbandes Marzahn-Hellersdorf ein Angebot zur Beförderung der Programmdebatte der Partei DIE LINKE. Monatlich wird ein Faltblatt als Beigabe zu „Marzahn-Hellersdorf links“ für die Mitglieder des Bezirksverbandes angeboten, das zur Diskussion an der Basis anregen soll ...

Inzwischen liegt der erste Entwurf des Grundsatzprogramms der Partei DIE LINKE vor. Daher sollten wir ab sofort hierzu diskutieren. Am Endpunkt der Diskussion soll eine Basiskonferenz im Herbst dieses Jahres stehen.

Im vierten Beitrag der Reihe geht es um die Frage nach Grundlinien oder „Essentials“ unserer Partei und darum, ob und wie diese im Entwurf erkennbar sind.

Zunächst verweise ich auf die ND-Serie zur programmatischen Diskussion und dabei insbesondere auf die „Offenen Fragen der Linken“, die Michael Brie im „ND“ vom 22.03.2010 aufwarf und die dort in den Montags-Ausgaben weiter vertieft werden:

1. „Die Kapitalismusfrage“
2. „Die Eigentumsfrage“
3. „Die Klassenfrage“
4. „Die Frage des Parlamentarismus und der Regierungsbeteiligung“
5. „Die Militär- und Sicherheitsfrage“
6. „Die Frage der politischen Kultur“.

Es gäbe vielleicht noch zwei weitere Fragen - die „globale oder existentielle Frage“, aus der sich die Frage nach der Zukunft des Kapitalismus überhaupt ergäbe und die „Demokratiefrage“ als Frage nach einem umfas-

senden Verständnis von Freiheiten und Menschenrechten einschließlich umfassender Selbstbestimmung.

Doch nun zum Programmentwurf: Nach einem einleitenden Abschnitt zu Geschichte und Selbstverständnis der Linken wird der Versuch einer Kurzanalyse der gegenwärtigen Welt unternommen. Manch einer wünscht sich im Anschluss daran kurze, prägnante Aussagen zum „Gegenangebot“ der LINKEN.

Was wären solche Grundlinien oder „Essentials“ unserer Partei?

1. DIE LINKE als Partei des radikalen sozialen und ökologischen Umbaus der kapitalistischen Industriegesellschaft, für Arbeit (im umfassenden Sinne), für Gerechtigkeit, Solidarität und nachhaltige Entwicklung.
2. DIE LINKE als Partei der radikalen Demokratisierung, der Selbstbestimmung und der universellen Bürger- und Menschenrechte
3. DIE LINKE als Partei des Friedens und einer neuen solidarischen Weltinnenpolitik

Zu 1.

Im Abschnitt II. wird die „ökologische Frage als zentrale Frage“ dargestellt. Diese sei zugleich eine Systemfrage, heißt es da und: „Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung steht im Widerspruch zur kapitalistischen Wachstumslogik“. Man sollte diese Erkenntnis dann aber zu Ende denken und das Thema „Sozialer und ökologischer Umbau“ nicht unter „ferner liefern“ unter „Wie erhalten wir Natur und Gesellschaft?“ abhandeln.

Brechen wir mit der „kapitalistischen Wachstumslogik“ und bieten neue Perspektiven wie:

- Umverteilung von Einkommen und Vermögen (um den Umbau überhaupt zu ermöglichen).
- Radikale Verkürzung der Arbeitszeit
- Umverteilung und Neuorganisation von Arbeit (was nicht gleich Erwerbsarbeit ist!)
- Radikaler, solidarischer Umbau des Sozialstaates einschließlich solcher Fragen wie Grundeinkommen und solidarischer Bürgerversicherungen für Rente, Krankheit, Pflege ...

Die Grünen wollen nur die Marktwirtschaft „modernisieren“. „Unser“ Umbauprojekt hingegen lässt sich sowohl ökonomisch-materiell als auch ethisch begründen und erschließt der LINKEN auch neue Bündnispartner.

Aber: „Vollbeschäftigung“ und „Stärkung der Binnennachfrage“ im jetzigen Entwurf widersprechen in unkommentierter Form der neuen Logik. Wir wollen eine in jeder Hinsicht solidarische Gesellschaft und realistische Perspektiven für Menschen u n d Natur. Oder um mit Marx (siehe „Dialektik der Natur“) zu sprechen, mit der Überwindung des Kapitalverhältnisses als gesellschaftliches Verhältnis wird sowohl die Entfremdung der Arbeit als auch die Entfremdung des Menschen von der Natur überwunden. Man differenziere: Hierbei geht es ums gesellschaftliche Verhältnis, nicht ums einzelne, ggf. sehr wichtige innovative Unternehmen!

Z.B. bietet die „Energiewende“ als eine der Schlüsselfragen heute schon Ansatzpunkte zum Aufbau von Gegenmacht, denn erneuerbare Energien brauchen bekanntlich keine Großkonzerne und der gescheiterte „Klimagipfel“ und Weltsozialforen etwa eröffnen jetzt schon neue Möglichkeiten weltumspannender Bündnisse ...

In der praktischen Politik muss sich die „LINKE“ daran messen lassen, ob sie, dort wo sie Verantwortung trägt, Alternativen zulässt, befördert oder zumindest Perspektiven ermöglicht, man mag den Streit um die Zukunft der Braunkohle in Brandenburg und um die unterirdische Speicherung von CO₂ (CCS-Technologie) bewerten ...

zu 2.

Unter dem Abschnitt „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert“ wird der notwendige Bruch der Vorherrschaft des Kapitals über die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Natur begründet, den wir in einem großen transformatorischen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltungen erreichen wollen.

In diesen Kontext gehört die Eigentumsfrage. Der Programmentwurf scheint dort stringent, wo öffentliche Kontrolle, Belegschaftseigentum, Genossenschaften etc. gefordert werden, hingegen sollte man nicht (wieder) den Fehler machen, Verstaatlichung und Vergesellschaftung miteinander zu verwechseln ...

Die „Demokratisierung der Gesellschaft“ wäre folgerichtig die zweite Grundlinie der LINKEN. Der Zusammenhang von politischen und sozialen, individuellen und kollektiven Freiheits- und Teilhaberechten wird im Entwurf dargestellt, die Stärkung der direkten Demokratie und der kommunalen Selbstverwaltung gefordert. Die Rolle der Zivilgesellschaft sollte noch stärker zum Ausdruck gebracht werden, wie auch das Verhältnis zum Staat, von dem sich DIE LINKE, folgte man der Logik der Dezentralisierung

von Stoffkreisläufen, Energieerzeugung, Produktion und Konsumtion etc. auch auf der Ebene der Institutionen emanzipieren sollte. Das sei hier aber nur e i n e Überlegung.

Ein echtes Defizit dagegen ist, dass Themen wie Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung überhaupt nicht behandelt werden. Möchten wir das Feld im Zeitalter der „Informationsgesellschaft“ und neuer Medien den „Piraten“ überlassen?

Zum Thema „Demokratisierung der Demokratie“ hat übrigens Petra Pau einen Beitrag in dieser Reihe angekündigt, und wir haben auch eine Veranstaltung mit ihr dazu vorgesehen.

zu 3.

Im Abschnitt zu „Frieden, Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame Entwicklung“ definiert sich DIE LINKE als Friedenspartei, ohne den Begriff „Pazifismus“ zu benutzen. Das ist auch gut so, gibt es doch wohl ein legitimes Recht von Völkern oder Menschengruppen, sich gegen Bevormundung und imperialistische Aggression zur Wehr zu setzen.

Es fehlen aber Aussagen zum Verbot von Waffenexporten und militärischer Unterstützung (geht über das Thema Bundeswehr hinaus, es gibt ja auch Söldner, bis hin zu Kindersoldaten) und eine Aussage zum Einstieg in zivile Konfliktlösungen. Übrigens bedürfte es ggf. im Sinne einer solidarischen Weltinnenpolitik auch Kriterien, wie und unter welchen Umständen eine reformierte internationale Staatengemeinschaft in inner- und zwischenstaatliche Konflikte eingreifen könnte bzw. sollte. Dies wäre realistisch und keine Abkehr von der Position als Friedenspartei.

Eine Bemerkung zu Bündnisfragen im Schlussteil. DIE LINKE ist keine marxistisch-leninistische und auch keine atheistische Partei. So sollten Menschen, die aus christlichen und anderen religiösen Überzeugungen im Widerspruch zum kapitalistischen System stehen, auch als Bündnispartner angesprochen werden.

Ihr seid hiermit aufgerufen, Euch an der Diskussion zu diesen Beiträgen bzw. zum Programmentwurf selbst zu beteiligen, in Schriftform oder über unsere Website: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de